Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Dienstag, 10. Mai 1921 · Nummer 214 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez., für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reichstagsmehrheit für Unterzeichnung

Verschiedene Regierungskombinationen — Reinsozialistische Regierung? — Kabinett Wirth? Wiederherstellung der alten Koalition?

Die Nacht und die ersten Vormittagsstunden sind vorübergegangen, ohne daß sie eine Entscheidung gebracht hätten. Bis in die Nacht hinein wurde von den bürgerlichen Parteien beraten, zum Teil soll es zu erregten Aussprachen gekommen sein. Endgültig entschieden haben sich die Unabhängige Sozialdemokratie, die Rechtssozialisten und die Deutschnationalen. Die Deutschnationale Fraktion hat sich einstimmig gegen die Annahme des Ultimatums ausgesprochen. Auch in der Deutschen Volkspartei und bei den Demokraten soll die Stimmung wieder einmal gegen die Annahme gewesen sein, beim Zentrum dagegen für die Annahme des Ultimatums. Beschlüsse wurden in diesen Fraktionen nicht gefaßt. Die bisherigen Koalitionsparteien wollen ihre endgültige Stellungnahme bis heute mittag bekanntgeben.

In später Abendstunde hat der Reichspräsident mit dem Präsidenten des Reichstages, Löbe, über die Frage der Kabinettsbildung verhandelt. Mit Rücksicht auf die noch unentschiedene Haltung des Zentrums hat Löbe sich bisher zur Uebernahme des Kanzlerpostens nicht entschlossen. Heute vormittag waren Hermann Müller und Wels beim Reichspräsidenten; in einer Sitzung ihrer Fraktion haben sie über den Stand der Dinge Bericht erstattet.

•

Im Laufe des Vormittags traten die Rechtssozialisten an die Unabhängige Sozialistische Fraktion heran mit der Frage, wie sie sich zur Bildung einer Regierung aus Zentrum, S. P. D. und U. S. P. D. stellen würden. Von den Vertretern der Unabhängigen Fraktion wurde dabei zugleich die Frage der Bildung einer **reinsozialistischen Regierung** angeschnitten.

Die U. S. P.-Fraktion trat daraufhin sofort in eine Erörterung dieser Frage ein. Im Laufe der Beratung wurde bekannt, daß die Rechtssozialistische Fraktion mit 56 gegen 20 Stimmen beschlossen hatte, **in eine Regierung mit dem Zentrum einzutreten.** Die Regierungsbildung soll der frühere Finanzminister **Wirth** übernehmen.

Die U. S. P.-Fraktion gelangte in einer infolge der kurzen Zeit sehr knappen Beratung zu folgendem Beschluß:

> „Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der U. S. P. **lehnen es ab, in eine Koalitionsregierung mit kapitalistischen Parteien einzutreten,** sind dagegen **zu einer Beteiligung an einem rein sozialistischen Kabinett** unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen bereit. **Ueber Hinzuziehung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sowie der Afa** und der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden **Beamtenorganisationen** sind wir bereit, zu beraten."

Diese Resolution ist von der Reichstagsfraktion und dem Zentralkomitee der U. S. P. D. **einstimmig und ohne Stimmenthaltung** angenommen worden.

•

Wie kurz vor Redaktionsschluß bekannt wird, hat der frühere Reichsfinanzminister Dr. **Wirth die Uebernahme der Kabinettsbildung abgelehnt,** da das Zentrum mit der rechtssozialistischen Fraktion allein die Regierung nicht bilden will. Die Frage rückt jetzt wieder in den Vordergrund, ob die Demokraten in die Regierung eintreten werden, da **das Zentrum nur mit einer bürgerlichen Partei zusammen, nicht aber allein mit der S. P. D. die Regierung übernehmen will.**

•

Ein Schritt der amerikanischen Regierung

Nach Meldungen aus Washington und Paris hat die Regierung der Vereinigten Staaten der Deutschen Regierung den Wunsch unterbreitet, daß Deutschland die Forderungen der Alliierten annehme. Der amerikanische Vertreter in Berlin habe Weisung erhalten, der Deutschen Regierung eine entsprechende Mitteilung zu machen.

Diese Meldungen werden von den deutschen amtlichen Stellen bestätigt. Der deutschen Regierung ist durch den amerikanischen Vertreter der Wunsch der amerikanischen Regierung auf Annahme des Ultimatums übermittelt worden. Aehnliche Ratschläge sind auch von England und Italien nach Berlin gekommen.

EE. Paris, 10. Mai.

Der „Newyork Herald" veröffentlicht heute an auffallender Stelle folgende Mitteilung aus Washington: Die Regierung kann **den amerikanischen Truppen gestatten, an der Besetzung des Ruhrgebietes** an der Seite der französischen und englischen Streitkräfte **teilzunehmen,** falls dies sich als notwendig erweisen sollte. Die Frage ist indes aber noch nicht erledigt. Die Regierung hat die Macht, eine solche Teilnahme, während die Beratung der Resolution noch in der Schwebe ist, anzuordnen. Auf Anweisung Hardings ist die **Beratung auf unbestimmte Zeit vertagt** worden und wird von der Kommission des Repräsentantenhauses erst wieder aufgenommen werden, wenn der Präsident des Hauses es erfordert.

Die einzige Lösung der Reparationsfrage scheint, einer Mitteilung aus dem Staatsdepartement zufolge, die zu sein, **daß Deutschland sich den Bedingungen der Alliierten völlig unterwirft.** Man ist der Ansicht, daß die amerikanische Regierung das Programm der Alliierten auch mit Einschluß der Besetzung des Ruhrgebietes voll und ganz gebilligt habe. Die zeitweilige Aussetzung der Resolution Knox läßt der amerikanischen Regierung völlig freie Hand in dieser Angelegenheit. Aber das Staatsdepartement hofft, daß Deutschland die internationalen Unruhen beseitigen helfen und **ein Kabinett bilden wird, das den Forderungen der Alliierten nachgibt.**

Kahr in der Klemme

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 9. Mai.

Die Tatsache, daß in dem Ententeultimatum wieder die Entwaffnungsfrage eine große Rolle spielt und daß selbst für den Fall der Annahme dieses Ultimatums, im Fall der Nichtentwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren, die Entente darin einen neuen Vorwand für die Besetzung des Ruhrgebietes sieht, hat in der bayerischen Koalition eine Verwirrung hervorgerufen. Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr hat in Berlin erneut versucht, seinen eigensinnigen Standpunkt in der Entwaffnungsfrage durchzusetzen, er scheint aber in Berlin wenig Gegenliebe für die Erhaltung der Einwohnerwehren gefunden zu haben, so daß man sich in Bayern darauf gefaßt macht, formell in die Forderung für die Entwaffnung der Einwohnerwehren einzuwilligen, aber schon wieder versucht, eine Hinausschiebung des Entwaffnungstermins über den 31. Mai durchzusetzen. Man hofft, durch die politische Hochspannung und die Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf die Wiedergutmachungsfrage, die Entwaffnungsfrage als eine nebensächliche Lappalie behandeln zu können, um so den Umfall der Regierung Kahr in der bayerischen Oeffentlichkeit verdecken zu können und die Weiterexistenz der Regierung Kahr zu ermöglichen. Dabei trägt man sich schon mit dem Hintergedanken, **die Einwohnerwehr in irgendeiner versteckten Form weiter beizubehalten.** Die bayerische bürgerliche Presse versucht die Notwendigkeit der Einwohnerwehr erneut durch Lügenmeldungen über angebliche Putschabsichten der U. S. P. zu beweisen. Eine Reichsregierung, die von der bayerischen Regierung Kahr eine unzweideutige, kein Ausweichen und Hinausschieben mehr zulassende Erklärung über die Entwaffnung der Einwohnerwehren fordern würde, würde das beabsichtigte Rückzugsmanöver unmöglich machen und ein Abtreten des Ministerpräsidenten von Kahr von dem politischen Schauplatz in den Bereich der Möglichkeit rücken, weil selbst innerhalb der bayerischen Regierungsparteien starke Zweifel an die Richtigkeit der von Kahr verfolgten Politik Platz greifen.

Die Lösung der oberschlesischen Frage verschoben

Paris, 10. Mai.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus London ist die Lösung der oberschlesischen Frage bis zur nächsten Sitzung des Obersten Rates aufgehoben worden, deren Zeit und Ort noch nicht bestimmt sei.

Die Arbeitslosigkeit

Die offiziellen Ziffern über die Arbeitslosigkeit in England waren am 30. April 1 834 000 Arbeitslose und 1 077 000, die nur teilweise arbeiteten. Die entsprechenden Ziffern am 1. April waren 1 506 000 und 188 000.

Dem „American Economist" zufolge war die Zahl der Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten niemals so hoch wie augenblicklich. Die Regierung schätze die Zahl der Arbeitslosen auf drei Millionen, die Arbeiterverbände schätzten sie jedoch auf mindestens fünf Millionen. Das Blatt schreibt, die Ursache für die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten dem ausländischen Wettbewerb zu.

Von Krise zu Krise

Von Artur Crispien

III.

Welche Wunden die rechtssozialistische Koalitionspolitik und der bolschewistische Wahnsinn dem Proletariat geschlagen haben, das empfinden wir alle lebhafter und schmerzlicher denn je in diesen Tagen, wo die schleichende politische und wirtschaftliche Weltkrise durch die Frage der Wiedergutmachung und durch den nationalistischen Putsch in Oberschlesien unerhört verschärft worden ist.

Ziehen die Rechtssozialisten wenigstens jetzt die Lehren aus dem Zusammenbruch ihrer Koalitionspolitik? Ein Blick in den „Vorwärts" genügt, um das Gegenteil festzustellen. In den rechtssozialistischen Reihen geht der Streit in der Hauptsache um die Frage, ob die Rechtssozialisten in eine bürgerlich-sozialistische Regierung mit oder ohne die Stresemann-Partei eintreten sollen. Die rechtssozialistischen Führer sind also unbelehrbar und unentwegt bereit zur Fortsetzung ihrer arbeiterschädigenden Koalitionspolitik.

Die Bolschewisten sind ebensowenig belehrbar. Sie wollen nach wie vor, unbekümmert auch um die bittersten Erfahrungen, Arbeiter immer wieder in Tod und Verderben hetzen. Den nationalistischen Putsch in Oberschlesien möchten sie in eine revolutionäre proletarische Erhebung umdichten. Bolschewistische Rattenfänger locken erneut zu sinnlosen Abenteuern.

Wer wundert sich nun noch darüber, daß die Bourgeoisie ihren Bankrott endlos und qualvoll für das Proletariat hinzuschleppen vermag?

Angesichts der einstweiligen Schwächung des Proletariats verzichtet die Bourgeoisie jetzt sogar auf rechtssozialistische Gefangene oder Geiseln. Im Reich wie in Preußen sind die Rechtssozialisten aus der Regierung entfernt worden. Die Bourgeoisie glaubt, es jetzt allein schaffen zu können.

Viel weniger als eine bürgerlich-sozialistische Regierung ist eine rein bürgerliche Regierung in Deutschland dauernd möglich. Solange eine bürgerliche Regierung herrschen will, ist die Regierungskrise in Deutschland permanent. Jedesmal wird die Neubildung einer bürgerlichen Regierung schwieriger. Jede neue bürgerliche Regierung muß immer rascher abwirtschaften, weil in Deutschland auf die Dauer eine Regierung gegen das Proletariat, das heißt, gegen die ungeheure Mehrheit der Gesellschaft, unmöglich ist. Die bürgerliche Regierung hat keine Wahl, sie muß die Interessen der kapitalistischen Gesellschaft gegenüber den Interessen des Proletariats rücksichtslos vertreten, sie wird von der Bourgeoisie vorgeschickt, um den Kapitalismus gegen den Sozialismus zu verteidigen. Der Untergang des Kapitalismus ist jedoch besiegelt — und damit der Untergang jeder bürgerlichen Regierung. Es kommt nur darauf an, wie rasch das Proletariat wieder zu einem entscheidenden, bewußt sozialistisch handelnden revolutionären Machtfaktor geworden ist.

Regierungskrise in Permanenz, bis zur Uebernahme der Macht durch das Proletariat!

Was jetzt zu tun ist, das ergibt sich aus vorstehenden Darlegungen.

Keine Aktionen über die augenblickliche Kraft des revolutionären Proletariats. Keine ungeduldigen nervösen Ueberstürzungen. Keine kopf- und verantwortungslosen Abenteuer. Keine weiteren Arbeiteropfer für nationalistische oder bolschewistische Putschereien. Nichts von alledem! Keine weitere Schwächung des Proletariats. Sondern: Klärung und Sammlung der Massen. Schaffung revolutionärer Kaders. Aufmarsch in breitester geschlossener Front. Herbeiführung von Aktivität in den Massen. Erstreben von Aktionsfähigkeit. Alles tun, damit wir wieder so rasch wie möglich sagen können: bereit sein, ist alles. Dann kommt der Tag, wo wir feststellen können: Wir sind bereit! Und dann zwingen wir die Entscheidung herbei. Dann siegt das Proletariat.

Unsere Organisation muß ausgebaut und gefestigt werden. Aus unseren Anhängern sind überzeugte Klassenkämpfer, bewußte Sozialisten zu machen, auf die wir uns in jeder Situation und unter allen Umständen unbedingt verlassen können, die nie hin und her schwanken, sondern feststehen in eiserner Entschlossenheit. Unsere Presse muß zu größerer Verbreitung gelangen. Ueberall, hier darf es nur Müdigkeit oder Verdrossenheit geben.

Das ist das eine.

Außerdem das andere.

In den Gewerkschaften müssen unsere Genossen, die irgendwelche Funktionen inne haben, noch tatkräftiger unterstützt werden. Wir dürfen nicht verkennen, wie wichtig diese Funktionäre für die geistige Eroberung der Gewerkschaften im Sinne des revolutionären Willens sind. Wir müssen auch verstehen, welche schwierige Positionen unabhängige Sozialdemokraten in den Gewerkschaften inne haben, wir müssen sie unterstützen, damit sie sich gegenüber der rechtssozialistischen Unlust und Behäbigkeit, wie gegenüber dem bolschewistischen „Verungenierungsblödsinn" durchzusetzen vermögen. Fort mit allem Kleinlichen! Vertrauen gegen Vertrauen!

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich wiederholt bemüht, die Front des klassenbewußten Proletariats durch die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit zu erweiteern. So für die Sozialisierung, für die Arbeitslosenfürsorge und gegen die Ausnahmegerichte. Leider stießen wir dabei immer wieder auf den überragenden rechtssozialistischen Einfluß bei den Gewerkschaften. Gerade, daß es zu einem gemeinsamen Vorgehen mit den Rechtssozialisten im Reichstage für die Arbeitslosen kam. Aber parlamentarische Aktionen allein tun es wahrlich nicht, wenn die Sozialisierung in Fluß kommen soll, wenn durchgreifende Maßnahmen gegen die fortschreitende Verelendung erzwungen, wenn Ausnahmezustand und Ausnahmegerichte zu Fall gebracht werden sollen. Hier handelt es sich um allgemeine und brennende Tagesfragen, die das gesamte Proletariat ohne Unterschied der Parteirichtungen angehen. Hier handelt es sich um Fragen, die weder von den Rechtssozialisten noch von den Gewerkschaften oder von irgendeiner anderen Arbeiterorganisation allein durchgesetzt werden können, sondern um Dinge, für die sich alle Arbeiterorganisationen geschlossen und beharrlich einsetzen müssen. Diese Geschlossenheit ist bisher von den Rechtssozialisten wie von den Bolschewisten verhindert worden. Das muß anders werden!

Die rechtssozialistische Beherrschung der Gewerkschaften muß gebrochen werden. Die bolschewistischen Methoden müssen ein für allemal von der Arbeiterklasse selbst abgetan werden. Im offenen ehrlichen geistigen Ringen müssen die Gewerkschaften ohne Gefährdung ihrer Aktionsfähigkeit oder gar ihres Bestandes für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats in Bewegung gesetzt werden.

Also: Worauf brauchen die Proletarier zu warten? Auf welche fremde Hilfe? Auf welche Wunder?

Wer die Forderungen der Stunde erkannt hat, der hat weder Zeit noch Lust zu müßigem Warten, zum Hoffen auf andere und auf Wunder, zum Fabulieren und Spekulieren, zum Nörgeln und Schwadronieren.

Arbeit ist genug für Alle.

Darum: An die Arbeit!

Aus dem Irrenhaus

Die „Rote Fahne" bemüht sich weiter, dem Aufstand der polnischen Nationalisten in Oberschlesien einen revolutionären Charakter zu geben. Am Montag abend berichtete sie:

„Allenthalben haben die Arbeiter die Fabrikdirektoren verjagt und **an manchen Stellen haben die Arbeiter bereits die Wälder der Großgrundbesitzer unter sich aufgeteilt.** Obwohl ein erheblicher Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft gegenwärtig noch von den nationalistischen und sozialverräterischen Phrasen betört wird, gewinnt doch die rein proletarische Bewegung unter kommunistischer Führung immer mehr an Kraft."

Die Arbeiter haben bereits die Wälder unter sich aufgeteilt ... Die „Rote Fahne" wird zu diesem Satz noch eine nähere Erläuterung schreiben müssen, bevor er richtig verstanden wird. Die oberschlesischen Wälder sind von einer so ungeheuren Ausdehnung, daß sie nicht so schnell verteilt werden können, wie etwa die Beute einer beraubten Postkutsche, zum anderen aber ergibt sich die Frage, was die Verteilung der Wälder unter die Arbeiter mit Sozialismus zu tun haben soll?

Als besonders revolutionäre Tat wird dann noch die Wahl von Arbeiterräten gefeiert, die in einigen Betrieben vorgenommen worden sein soll. Zugegeben, daß auch das geschehen ist, an der Tatsache, daß der oberschlesische Aufstand mit Revolution nichts zu tun hat, kann auch die Wahl von Arbeiterräten nichts ändern. Zu einer solchen Deutung kann überhaupt nur ein politisch Irrer kommen. Und tatsächlich scheint im Redaktionsstab der „Roten Fahne" eine starke Nervenkrisis zu kassieren. Denn das Blatt ist in seiner Sucht nach Revolution um jeden Preis jetzt sogar schon dem Antisemitismus verfallen. **„Wollt ihr für deutschjüdische Kapitalisten, christliche Junker und menschenschindende Generäle kämpfen?"** fragt das Blatt die Reichswehrsoldaten.

Bisher gab es für die Arbeiter nur einen Kampf gegen Junker und Kapitalisten schlechthin. Die Kommunisten haben es glücklich so weit gebracht, auch die religiösen Anschauungen gegeneinander auszuspielen. Da kann keiner mehr mit.

Die oberschlesischen Unruhen

Die Alliierten wollen Ordnung schaffen

London, 9. Mai. (Reuter.)

Im Unterhause erklärte Untersekretär im Auswärtigen Amt Harmsworth, die Lage in Oberschlesien sei ungeklärt, doch würden Anstrengungen gemacht, um die Wiederaufnahme der Arbeit in den Bergwerken zu erzielen. Die alliierten Regierungen erwägten die von der Volksabstimmungskommission zur Beilegung der Schwierigkeiten gemachten Vorschläge und **seien auf das Aeußerste bestrebt, die Ordnung wiederherzustellen** und die Polizei durch lokale Rekrutierung zu stärken. **Die polnische Regierung sei aufgefordert worden, die Grenze zu schließen** und jede Beihilfe und Ermutigung ihrer Konnationalen zu verhindern.

Lloyd George erklärte: Es sei ein sehr unglücklicher Zwischenfall, der gerade in dem Augenblicke eintritt, **wo die deutsche Regierung eine Entscheidung in der Entwaffnungsfrage trifft.** Wir sind im Begriff alles zu tun, was in unseren Kräften steht, **um einen Druck auf die polnische Regierung auszuüben.**

Ein englischer Bericht

London, 10. Mai.

WTB. meldet: Die englische Presse wendet den Ereignissen in Oberschlesien weiter große Aufmerksamkeit zu. „Morning Post" **meldet aus Beuthen:** Unter den alliierten Vertretern und verantwortlichen Bürgern herrsche große Unzufriedenheit über die Parteinahme, die von den Franzosen den polnischen Aufständischen gegenüber an den Tag gelegt worden sei. Bei Ausbruch der Aufstandsbewegung hätten sich die Franzosen mit neun Bataillonen, Tanks, einem Kavallerieregiment und Artillerie **untätig verhalten,** während die **Italiener,** getreu der den Alliierten übertragenen Pflicht, die Ordnung aufrecht zu erhalten, **über hundert Mann Verluste** hatten. Die geringen Verluste der Franzosen seien hauptsächlich Unglücksfällen zuzuschreiben. Im Landkreise Beuthen erfuhr der britische Kontrolleur am Tage vor dem Ausbruch des Aufstandes, daß die französischen Truppen in seinem Gebiete auf eine Kompanie herabgesetzt worden waren. — In Groß-Strehlitz gaben auf Ansuchen des britischen Kontrolleurs die französischen Artilleristen fünf Schuß ab, dann griff jedoch der französische Oberbefehlshaber ein. Die Demütigung der britischen und der italienischen Offiziere war vollständig und **das Prestige der Entente erlitt einen schweren Schlag.** Die britischen und italienischen Mitglieder der Kommission versuchten, unparteiisch zu sein, die Franzosen traten jedoch tatsächlich die Regierung in Oberschlesien an Korfanty ab, anstatt die erste Pflicht der Alliierten, die Ordnung aufrechtzuerhalten, auszuüben. Die Polen hätten niemals den Aufstand begonnen, wenn sie nicht zuvor **der Haltung der Franzosen sicher gewesen wären.** Die Aufständischen hatten streng befohlen, allen französischen Truppen aus dem Wege zu gehen.

„Daily Telegraph" bezeichnet den polnischen Aufstand als eine **vorsätzliche Herausforderung.** Es kann dem Blatte zufolge kaum angenommen werden, daß der Oberste Rat bereit sein wird, das oberschlesische Problem zu beendigen, **während die Lage noch so ist, daß ein Beschluß entweder erscheinen würde, als eine Unterwerfung unter Korfantys Absichten oder als eine Erlaubnis an Deutschland, seinen Anteil mit Gewalt zu nehmen, was unzweifelhaft zu einem Krieg zwischen Deutschland und Polen führen würde.** Einem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph" zufolge gewinnt der Gedanke langsam an Boden, den Beschluß bezüglich Oberschlesiens **dem Völkerbunde zu überlassen.** „Times" fordert im Interesse des europäischen Friedens weitere energische Anstrengungen, um den ungerechtfertigten und törichten Aufstand zu unterdrücken. Das Blatt schreibt, die Alliierten hätten es übernommen, Gesetz und Ordnung in Oberschlesien zu wahren; **sie müßten ihre Pflicht tun und ihr Wort halten.** Korfantz und seine Anhänger forderten die gesamte Grundlage des Friedensvertrages von Versailles heraus.

Eine Beschwerde der Gewerkschaften

Kattowitz, 9. Mai.

An die Interalliierte Kommission in Oppeln haben die deutschen Gewerkschaften heute folgendes Telegramm gerichtet:

Die Interalliierte Kommission hat wiederholt das Versprechen gegeben, die Ruhe und Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen, ohne daß sich an den beklagenswerten Zuständen, die nunmehr bereits eine Woche bestehen, etwas geändert hat. Die deutschen Gewerkschaftsvertreter haben Ende voriger Woche **die Arbeiterschaft zur Arbeit aufgerufen;** der Führer der Aufständischen, Korfantz, hat nachträglich dasselbe getan. Den Vertretern der Königshütter Arbeiterschaft ist am Sonnabend von der Interalliierten Kommission versichert worden, daß die Arbeit am Montag im vollen Umfang wieder aufgenommen werden kann. Wir stellen fest, daß auf vielen Gruben und Werken am Montag Arbeitswillige **an der Arbeit mit Waffengewalt verhindert wurden.** Ferner werden von den Arbeitern an anderen Orten von den Insurgentenführern gegen hohes Entgelt ausgestellte Scheine verlangt. Wir ersuchen, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, daß die **arbeitswillige Arbeiterschaft ohne Bedrohung und ohne Paßzwang** der Arbeit nachgehen kann.

Wie die Landwirte die Ernährung zugrunde richten

Rechtsanwalt und Notar Roeder in Königswusterhausen veröffentlicht in Nummer 8 der „Bodenreform" vom 20. April 1921 u. a. folgendes:

„Dicht hinter Königswusterhausen liegt bei **Groß-Köris** das **Gut Wilhelminenhof,** das den Meßnerschen Erben gehört, die in München und Wiesbaden wohnen. Es ist ungefähr 400 Morgen groß und **seit etwa 7 Jahren unbewirtschaftet.** Die Wirtschaftsgebäude sind zum Teil schon verfallen. Das ganze Inventar besteht aus einer Kuh. Wirtschaftsgeräte sind gar nicht vorhanden. Die ganzen 400 Morgen sind für den Jahrespachtpreis von eintausend Mark verpachtet. Dünger ist schon seit Jahren nicht gestreut; das Land liegt völlig brach, obgleich der Boden gut ist und der Wasserweg von Berlin bis unmittelbar ans Gut geht.

Nicht weit davon, **am Pätzer See,** gleichfalls im Kreise Teltow, liegt eine **Bauernwirtschaft** von etwa 100 Morgen, dem Fuhrunternehmer Hennecke gehörig, der in Berlin wohnt. Auch dieser Herr hat die Wirtschaft **völlig verwahrlosen lassen.** Die Gebäude sind unbewohnt, die Fensterscheiben zerschlagen, Türen fehlen usw.

Wegen des Grundstücks von Hennecke hat sich im vorigen Jahre ein Major, der dieses Grundstück kaufen wollte, an den Oberpräsidenten beschwerdeführend gewandt. Er hat überhaupt keine Antwort erhalten."

So werden in der kapitalistischen Gesellschaft die Möglichkeiten zur ausreichenden Ernährung der Bevölkerung systematisch untergraben!

Die Zuchthausmaschine

Vor dem Ausnahmegericht in Naumburg wurde der Artist Josef Klingbeil aus Nebra **wegen vollendeten Hochverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.** Er soll Rädelsführer des Eislebener Putsches gewesen sein. — Das Ausnahmegericht in Halle fällte am Sonnabend insgesamt **4½ Jahre Zuchthaus und 7 Jahre Gefängnis.** Angeklagt waren in der Hauptsache junge Leute aus dem Leunawerk.

Ein blutiger Zusammenstoß in Italien. Aus Castelvetrano wird gemeldet: Aus Anlaß von Wahlversammlungen kam es zu einem Zusammenstoß **zwischen Sozialisten und Fascisten. Vier Personen wurden getötet** und 14 verwundet.

Das Ghetto

Von Hans Siemsen

Wenn wir in den Schulen vom finsteren Mittelalter hören, von Unwissenheit und Aberglauben, von Folter, Inquisition und Hexenverbrennung, dann wird uns auf Schritt und Tritt versichert, wie ganz anders heute alles ist, und wie herrlich weit wir's doch seitdem gebracht haben.

Ist der Fortschritt wirklich so bedeutend? Haben wir wirklich so Grund, so stolz zu sein? Geht mal in eine deutschnationale oder in eine antisemitische Radauversammlung! Da verliert man jeden Stolz. Da kommt man sich als Zeit- und Volksgenosse solcher Individuen, die doch immerhin wie Menschen aussehen, sehr, sehr klein und blamiert vor. Ich glaube nicht, daß das ganze Mittelalter mehr an Dummheit, Brutalität und Aberglauben aufgebracht hat, als eine einzige solche Versammlung von Knüppelkunze und seinen Freunden. Dagegen sind die Affen im zoologischen Garten gebildete, wohlerzogene, junge Geschöpfe. Ich bin überzeugt, wenn Knüppelkunze oder einer seiner Freunde aus Versehen mal in so einen Affenkäfig geriete, man ließe ihn nicht wieder heraus. Weil man ihn einfach von den anderen Bestien nicht unterscheiden könnte. Man würde ihn höchstens als besonders bösartig an die Kette legen.

Und die Justiz! Ist sie wirklich soviel anders als im Mittelalter? Freilich, die Folter ist abgeschafft. Aber die Untersuchungshaft, die kalten Zellen, das Türenschlagen und Schlüsselgerassel, das Kreuzverhör und der ganze Prozeßbetrieb — ist das keine Folter für einen feinfühligen Menschen? Die Talare der Richter, das Amtsdeutsch, das kein Mensch versteht, die Paragraphen, die Strafen und die Strafvollstreckung in ungesunden, dunklen, unnützen Gefängnissen — ist das kein Mittelalter? Die Gesinnung der Richter, die Kinder zu Gefängnis verurteilen, wenn sie Flugblätter verteilen, — ist das kein Mittelalter? Nur eine Neuerung ist eingetreten, die es früher nicht gab: Gefangene werden auf der Flucht erschossen.

Aber davon wollte ich ja nicht reden. Es fällt einem nur gar so vielerlei auf, rund um uns her, wenn man vom Mittelalter spricht —: die Kirchen, die Kasernen, die Schulen, die Zuchthäuser — Mittelalter, — wohin man sieht!

Aber da gab es früher das Ghetto. Und das gibt es doch jetzt nicht mehr?

Das Ghetto war das Judenviertel. Das gab es in jeder größeren Stadt. Da zu wohnen, war den Juden erlaubt. Man kann auch sagen: Da zu wohnen, waren die Juden gezwungen. Sie durften nicht wo anders wohnen, nicht auf dem Lande, nicht vor der Stadt oder in anderen Teilen der Stadt. Sie durften nicht das Land bebauen, sie durften keinen Acker besitzen, sie durften kein Handwerk ausüben. Nichts von dem! Sie durften Geld ausleihen — und konnten sehen, wie sie's wiederkriegten. Und sie mußten im Ghetto, im Judenviertel, wohnen. Das war ein enges, finsteres Viertel; ohne Gärten, ohne Höfe; enge Gassen, enge Häuser; umgeben von einer hohen Mauer, wie ein Käfig für wilde Tiere. Da wurden die Juden zusammengetrieben und abends wurden die Tore geschlossen.

Das war das Ghetto. Und das gibt es doch heute nicht mehr? Heute kann doch jeder wohnen, wo er will.

Wirklich? Kann er? Kann heute jeder wohnen, wo er will? Gibt es wirklich kein Ghetto mehr?

Fast jede Stadt hat auf ihrem Plan irgendwo einen grünen Flecken, einen großen grünen Flecken, der schon auf dem Plan aussieht, wie eine große grüne Wiese. Es ist ein Wald, ein Garten, ein Park: wie der englische Garten in München, wie der Tiergarten in Berlin — und so hat jede Stadt ihren grünen Fleck. Ich gehe gern dort hin. Da ist es schön. Stille, friedliche Straßen führen zu diesen grünen Flecken mit seinen Rasenplätzen und großen Bäumen. Schöne, geräumige Häuser liegen in großen Gärten. Nicht ein einziges enges, dunkles, ungesundes Haus liegt in der Nähe dieser Parks. Lauter große, schöne Häuser, jedes in seinem besonderen Garten. Und man denkt: da wohnt sich's schön!

Ja, da wohnt sich's schön! Da möchte ich wohnen! Aber ich wohne nicht da, ich wohne wo anders. Ich wohne im Hinterhaus, in der dritten Etage. Und doch ist meine Wohnung gewiß noch nicht die schlimmste in Berlin. Sie gehört gewiß noch zu den besseren.

Jede Stadt hat ihr Fabrikviertel. Das liegt von dem grünen Fleck auf dem Plan, von dem Parke und Garten meistens recht weit entfernt, und es ist oft weit mehr als nur ein Viertel der Stadt. Da liegen die Fabriken, und da liegen die Häuser derer, die in den Fabriken arbeiten. Diese Häuser liegen nicht in Gärten. Sie liegen straßauf, straßab in dichte Reihen gezwängt. Und diese Straßen haben keine Bäume. Da sind keine Gärten, da sind keine Rasenplätze; da sind steinerne Straßen, steinerne Häuser, steinerne Höfe, Steine, Steine, nichts als Steine, Mauern, Wände, Treppen, Gänge; ein Haus neben dem andern, hinter dem anderen, vor dem andern. Und eins wie das andere: grau, steinern, öde. Und über allem die Luft der Fabriken. Rauch, Ruß, Schmutz, Staub liegt über den Dächern, liegt über den Höfen. Nicht die Luft und nicht die Sonne, Rauch und Ruß dringt durch die geöffneten Fenster. Und auf einem Plakat im Hauseingang steht: „Kinder dürfen auf den Treppen und Höfen nicht spielen."

Wohnt hier irgend ein Mensch freiwillig? Wohnt hier irgend einer, der hier nicht wohnen muß? Möchten sie nicht alle lieber in jenen stillen Straßen, in jenen Gärten, neben jenem Parke wohnen?

Sie können nicht. Sie haben kein Geld. Sie müssen in ihren grauen, steinernen Straßen, in ihren Mietskasernen, in ihren Hinterhäusern wohnen bleiben. Sie müssen ihr Leben lang Rauch und Ruß und die verbrauchte Luft der Hinterhäuser atmen. Das ist ihr Ghetto. Das ist das Ghetto unserer Zeit. Es hat keine Mauern mehr, und seine Tore werden des Abends nicht geschlossen. Kein besonderes Gesetz baut dieses finstere Ghetto auf, kein Gesetz zwingt seine Bewohner, in ihm zu wohnen. Nur das Geld, das Kapital. Das Geld trennt das schöne, freundliche Viertel, den Park und das graue trostlose Arbeiterviertel. Das Geld ist die unübersteigliche, unerbittliche, grausame Mauer des Ghettos von heute. Und nicht eher wird die Erde frei vom Ghetto, frei von der finsteren Last der grauen Miets- und Arbeitskasernen, nicht eher werden wir alle frei und ledig die Luft der Gärten und Parks, die Luft der freien Erde atmen, ehe nicht diese Mauer unseres Ghettos fällt, diese Mauer finsterer und grausamer als alle Mauern des Mittelalters: das Geld, das Kapital, der Kapitalismus.

Karls Diebstahl an den Invaliden. Der letzte Habsburger, der seine Tätigkeit mit einem gehörigen Diebstahl an den Invaliden — mit dem Raub der zum Kriegsgeschädigtenfonds gehörigen Kronjuwelen — abgeschlossen hatte, liebte es schon zu seiner Regierungszeit, sich Invalideneigentum zuzueignen. In den letzten Kriegsjahren wurde, wie die Wiener „Arbeiterzeitung" schreibt, ein Invalidenfonds angelegt, der den schönen Namen Kaiser Karl-Invalidenfond bekam. Durch Sammlungen im Hinterland und bei der Armee im Felde erreichte dieser Fonds beim Zusammenbruch die Höhe von 70 Millionen Kronen. Wer nun glaubt, daß der ehemalige Kaiser Karl für diesen Fond, der doch seinen Namen trägt, etwas beigesteuert hätte, der täuscht sich ganz gewaltig. Bei Uebernahme dieses Fonds durch die neue Staatsregierung wurde zwar festgestellt, daß der letzte Habsburger wohl Hunderttausende zu Invaliden gemacht, aber für diese seine Opfer nicht einen Heller beigesteuert hat. Aber nicht genug damit, ließ sich der letzte Sproß des „erlauchten" Geschlechts, wie die „Innsbrucker Volkszeitung" berichtet, noch alle Monate aus diesem Fonds 6000 Kronen auszahlen. Zehn Monate hindurch steckte Karl dieses Geld, insgesamt also 60 000 Kronen, ein — ein Betrag, der bei dem Geldwert vom Jahre 1918 wahrlich nicht gering war. In Geldsachen übertrumpfte eben der letzte Habsburger den filzigsten Wucherer. Es genügte ihm nicht sein Millionengehalt als Regent, das er als „Oberbefehlshaber" noch mit weiteren eineinhalb Millionen abzurunden verstand, er versagte es sich auch nicht, sich von den den Invaliden gespendeten Gelde hohe „Bezüge" anweisen zu lassen, was sich als ein glatter Diebstahl an dem Eigentum der Invaliden darstellt. Man weiß, daß bei der Geburt eines neuen

Die französischen Sozialisten gegen die Gewalt

Die Leitung und die Parlamentsfraktion der Sozialistischen Partei Frankreichs hat am 5. d. M. einen Aufruf „Gegen den imperialistischen Raubzug" veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hat:

„Es wird mobilisiert!

Man hat den Jahrgang der 19jährigen und einen Teil der anderen Jahresklassen mobilisiert. Die jungen Menschen Frankreichs sind auf dem Wege ins Ruhrgebiet. Bis wohin wird man sie führen? Was wird sich ereignen? Niemand kann es sagen. Aber die Vernunft läßt alles befürchten! Ist es nicht der Wiederbeginn des Krieges, der uns droht?

Alles das ist die Folge des Versailler Vertrages. Die Sozialisten haben für diesen Vertrag nicht gestimmt. Sie haben gesagt, warum? Sie haben gesagt, daß er nicht den allgemeinen, gerechten und dauerhaften Frieden organisiert; daß er nicht der Friede der Völker, sondern der der Regierungen, der Kapitalisten und Militaristen sei.

Die Führer der Entente haben die Soldaten der Entente verraten! Nach dem Vertrag von Versailles haben sie den Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung Deutschlands fortgesetzt. Diese Bevölkerung hatte mit dem Preise ihres Blutes die ganze deutsche Reaktion gestürzt. Dreimal hat sie versucht, die deutsche Republik in eine soziale Republik umzugestalten. Aber die Bourgeoisien und die Militaristen der Entente haben der Bourgeoisie und den Militaristen Deutschlands geholfen. Die Entente selbst ist auch für den Märtyrertod Kurt Eisner, Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs verantwortlich. Die deutsche Revolution ist besiegt worden. Die Entente findet heute die Junker, die Industriellen, die Agrarier, die Finanzleute als Sieger der Revolution vor sich.

Die deutschen Arbeiter hätten ehrlich die schrecklichen Verwüstungen des Krieges bei uns wieder gutgemacht. **Die Delegierten der Unabhängigen Sozialisten von Deutschland haben mit uns französischen Sozialisten und mit den englischen Sozialisten in Amsterdam die Reparationsbedingungen unterzeichnet.** Aber die Führer Deutschlands, ebenso wie die der Entente, weigern sich, der Anschauung und dem Willen der sozialistischen Arbeiter Rechnung zu tragen.

Die ersteren, Siegerin ihrer eigenen Nation, widerstreben den Wiedergutmachungen, die die Gerechtigkeit und die Menschlichkeit fordern. Die zweiten, Sieger im Kriege, sind weniger besorgt, unsere Ruinen aufzubauen, als ihre Kraft zu zeigen. Stehen sich von neuem zwei Kapitalismen auf dem Trümmerfeld des Krieges gegenüber?

Und ihr, Arbeiter Frankreichs, fühlt ihr nicht das Gewicht eurer Verantwortung?

Ihr habt uns nicht gehört in den Stunden, wo ihr uns hättet hören sollen. Ihr habt sie zertreten lassen, die deutsche Revolution, die auch eure Revolution war, und die mindestens euer Schutzwall war. Ihr habt in Frankreich die unfähigste und gewalttätigste Reaktion zur Macht gebracht. Ihr seid die Beute der Herren, die, um euch besser regieren zu können, die Arbeiter der anderen Nationen gegen euch aufbringen. Gipfel der Torheit! Zahlreiche unter euch haben sich denen ausgeliefert, die in jeder Nation das Proletariat trennen und es zu elender Machtlosigkeit herunterdrücken.

Möget ihr nicht mit eurem Blut für solche schwere Fehler bezahlen müssen!

Kameraden, faßt euch wieder! Es ist für ein Volk nie zu spät. Nichts fürchten die Regierungen so sehr, als die Wachsamkeit der Proletarier!

Ruft es laut, daß ihr keinen neuen Krieg wollt!

Ruft es laut, daß die Kriegsruinen nur durch die Gemeinschaftsarbeit der Völker wieder aufgebaut werden können!

Beweist euren Glauben und einigt euch gegen eure verbrecherischen Herrscher. Der Sozialismus trennt die Arbeiter nicht; er eint sie. Eilt zur sozialistischen Partei! Schließt euch schnell eurer Gewerkschaft an, ihr einzelnen! Organisiert euch in jedem Lande, — organisiert euch international, leidenschaftlich, großzügig, brüderlich. **Nur die Arbeiterklasse wird den Frieden bringen, den vollen Frieden für immer.**

Nieder der kapitalistische Krieg!
Es lebe der internationale Sozialismus!

Die ständige Verwaltungskommission
Die sozialistische Parlamentsgruppe

Untersuchung der Märzunruhen

Der vom Preußischen Landtag eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung der Märzunruhen hielt am Montag nachmittag eine Sitzung ab zwecks Entgegennahme des Berichts der Regierung, der vom Staatskommissar für die öffentliche Ordnung Dr. Weismann und Regierungsrat Dr. Abegg erstattet wurde. Die beiden Regierungsvertreter gaben eine kurze Uebersicht über Ursachen und Verlauf des Märzaufstandes. Aus den Ausführungen Dr. Weismanns ist hervorzuheben, daß eine organisierte Rote Armee weder in Mitteldeutschland noch sonstwo existiert. Das hat der Verlauf der Märzunruhen deutlich ergeben, die nirgends zum Auftreten einer solchen Armee, sondern nur zur Bildung einzelner Banden geführt haben. Staatskommissar Weismann unterstrich ferner, daß die Mitte März in einer Sitzung zu Merseburg beschlossene Polizeiaktion nicht die Vereitelung irgendwelcher politischen Pläne der Kommunisten zum Ziel hatte, sondern sich tatsächlich gegen die Zunahme des Verbrechertums richtete, das allein im Leuna-Werk durch systematischen Diebstahl einen Schaden von drei Millionen Mark verursacht hat. Die Werksverwaltung wurde sogar durch Streik gezwungen, die zur Bekämpfung der Diebstähle eingerichtete Torkontrolle wieder aufzuheben. Nur gegen solchen und ähnlichen Terror sollte die Aktion Hörsings sich richten.

Ministerialrat Dr. Abegg setzte auseinander, warum eine stärkere Verschiebung von Schutzpolizei in das Aufstandsgebiet nicht möglich war. Der Einsatz von Reichswehr hätte die Bandenbildung nicht mit Sicherheit verhindern können. Die Nichteinsetzung der Reichswehr ist übrigens in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung von dieser ziemlich einstimmig beschlossen worden.

An diese Vorträge schloß sich eine lange Aussprache, die namentlich den Umfang der vorzunehmenden Beweiserhebung betraf. Von Vertretern der Rechtsparteien wurden die weitestgehenden und mannigfaltigsten Beweisanträge, zum Teil auch über Fragen gestellt, die nur lose mit dem Aufruhr zusammenhängen. Schließlich einigte sich der Ausschuß dahin, daß die beiden Berichterstatter Dr. v. Dryander (Dnat.) und Dr. Liebknecht (U.Soz.) das gesamte Aktenmaterial prüfen und alsdann dem Ausschuß weitere Vorschläge unterbreiten sollen.

Das agrarische Gratistelephon

Aus Postbeamtenkreisen wird dem „Vorwärts" über Methoden des Reichspostministeriums berichtet, die ein sehr bezeichnendes Licht auf den großen Einfluß werfen, den die agrarischen Kreise auch jetzt noch dort ausüben. In dieser Mitteilung wird daran erinnert, daß, wenn zu Wilhelms Zeiten ein Großagrarier billig zu einem Telephon kommen wollte, er an den Staatssekretär nur eine Zeile schrieb und flugs wurde auf seinem Rittergut, ohne jede Rücksicht auf die Kosten eine sogenannte „öffentliche Fernsprechstelle" eingerichtet. Dafür war dann nichts zu bezahlen. Der Betreffende übernahm nur die Garantie, daß die Gebühreneinnahmen fünf Jahre hindurch eine gewisse Summe, die lächerlich gering war, erreichten. **Die Kosten trug der Postfiskus,** denn die Einrichtung geschah ja, um einem dringenden „öffentlichen Bedürfnis" abzuhelfen, wobei man zu übersehen beliebte, daß die gesamte „Oeffentlichkeit", außer in der Familie des Gutsherrn, in den Knechten und Mägden des Gutes bestand, die sich wahrhaftig niemals getraut hätten, den Fernsprecher des „Herrn" in Anspruch zu nehmen. Doch damit nicht genug. Zu jedem Weihnachtsfest erhielt der „gnädige Herr" noch, als Vergütung für seine anstrengende Arbeit eine Geldzuwendung!

Dieser skandalöse Zustand ist jetzt, 2½ Jahre nach der Revolution, aufgedeckt worden, und eine Oberpostdirektion hat — wie die Folgen zeigen werden — den anerkennenswerten Mut aufgebracht, beim Reichspostminister den Antrag zu stellen, derartige „öffentliche Fernsprechstellen" aufzuheben. Das hat anscheinend aber den Zorn jener alten Geheimräte hervorgerufen, die nicht wünschen, daß die Agrarier für öffentliche Leitungen dasselbe bezahlen sollen, wie gewöhnlich Sterbliche. Es kam deshalb eine Entscheidung zustande, die sich gegen die Aufhebung dieser öffentlichen Fernsprechstellen wendet, und das u. a. folgendermaßen begründet:

„Eine solche Maßnahme würde bei vielen Interessenten auf ernsten und berechtigten (?) Widerstand stoßen, weil es sich um alte, im Durchschnitt schon 20 Jahre (so lange hat man den Agrariern die Anschlußgebühren geschenkt!) im Betriebe befindliche Anlagen handelt, und ein Ersatz derselben durch Fernanschlüsse ohne Aufwendung beträchtlicher Mittel vielfach nicht möglich sein wird . . ."

Nachdem dieser unerhörte Bescheid an die Oeffentlichkeit gelangt ist, wird man an den Reichspostminister die Frage richten dürfen, ob die von ihm bei anderen Gelegenheiten so überaus dringlich betonte Notwendigkeit, im Postbetrieb zu sparen und für die Erhöhung der gegenwärtigen Einnahmen zu sorgen, für die Agrarier keine Geltung haben soll. Es gibt ja manche Leute, die bei diesen Herren eine besondere Bedürftigkeit annehmen. Die Oeffentlichkeit aber ist anderer Meinung und erwartet, daß diese versteckte Liebesgabenpolitik restlos beseitigt wird.

Internationale Jugendkonferenz

In Amsterdam findet am 12. Mai die Gründungskonferenz der Arbeiter-Jugend-Internationale statt. Unter diesem Namen soll der internationale Zusammenschluß derjenigen Arbeiterjugendorganisationen erfolgen, die parteipolitisch den Rechtssozialisten nahestehen, also in Deutschland die Arbeiterjugend. Außer der deutschen Arbeiterjugend kommen besonders Gruppen in Belgien, Schweden und Holland in Betracht. Die Tagesordnung der Konferenz sieht eine Aussprache über das Verhältnis zur zweiten Internationale sowie der Wiener Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen vor.

Die Unruhen in Irland. Bei verschiedenen Zusammenstößen in der letzten Zeit sind in Irland fünf Polizisten und sechs Bürger getötet worden.

Der norwegische Seemannsstreik ist am Montag ausgebrochen. Er umfaßt 5500 Maschinisten, Matrosen und Heizer, sowie 6500 Arbeiter.

Groß-Berlin

Schließung der Kinderstation Lichtenberg

Der Betriebsrat der Kinderstation Lichtenberg schreibt uns:

„Am 28 April wurde dem Betriebsrat der Kinderstation vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin mitgeteilt, daß am 31. Mai die Kinderheilstätte geschlossen wird, und zwar angeblich wegen der finanziell schlechten Lage. Den bei der Kinderstation beschäftigten 33 Personen ist am 30. April zum 31. Mai gekündigt worden. Es sind hier 80 Betten vorhanden, die dauernd mit 75 hauptsächlich unterernährten Kindern belegt sind, die zum Teil auch noch von tuberkulosen Eltern stammen. Die Kinder machen in dem Heim Erholungskuren von vier bis sechs Wochen durch, in denen sie durchschnittlich vier bis zehn Pfund an Körpergewicht zugenommen haben. Zu dem Grundstück gehört ein zehn Morgen großer Park, auch ein Sonnenbad und zwei große Liegehallen sind vorhanden. Die Kinder sind erst seit 1. April 1920 hier untergebracht. Die Anstalt diente seit 1908 als Heilstätte für tuberkulose Frauen. In eine solche ist sie leicht wieder umzuwandeln.

Wir fordern, daß im Interesse der nach zehntausenden zählenden unterernährten Kinder und Tuberkulosen die Heilstätte auch nach dem 31. Mai ihrem Zwecke erhalten bleibt.

Verschmelzung in der Kriegsbeschädigtenbewegung

Die in Weimar am 16. und 17. April 1921 begonnenen Einigungsverhandlungen zwischen dem Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Deutschlands, E. V., Sitz Leipzig, dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Sitz Berlin und dem Bund Deutscher Kriegsbeschädigter, e. V., Sitz Hamburg, wurden am 30. April und 1. Mai 1921 in Hamburg durch eine neungliedrige Kommission der vorgenannten Verbände fortgesetzt. Die Verhandlungen erstreckten sich auf die Ausarbeitung eines Entwurfes einer Satzung für die zu bildende Einheitsorganisation.

Die zweitägigen Verhandlungen führten zu völliger Uebereinstimmung in allen wichtigen Fragen. Der Name der neuen Organisation soll lauten: „Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Sitz Berlin." Weiter gelang es, einen vollständigen Satzungsentwurf aufzustellen. Dieser und das Ergebnis der Verhandlungen wird nun den Instanzen der beteiligten Organisationen zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Nach erfolgter Stellungnahme wird eine weitere Zusammenkunft der Kommission stattfinden, um die notwendigen Vorbereitungen für die Verschmelzung zu treffen und die erforderlichen Uebergangsbestimmungen für alle Einzelheiten auszuarbeiten.

Die Einigung der vorgenannten Kriegsopferorganisationen hat hiermit einen weiteren erfreulichen Fortschritt gemacht, so daß zu erwarten steht, daß das Einigungswerk in Kürze vollzogen sein wird.

Aufklärung des Raubmordes bei Strausberg

Das letzte Kapitalverbrechen hat eine rasche Aufklärung gefunden. Nachdem es gelungen war, die Person des Toten festzustellen, führten die weiteren Ermittelungen auf die Spur des Täters und in der vergangenen Nacht auch zu seiner Verhaftung. Die Rekognoszierung der Leiche gelang, wie berichtet, durch Fingerabdrücke. Der Ermordete, Werner, lebte von seiner Frau getrennt und machte viele Fahrten, angeblich zu Schleichhandelsgeschäften, in die Umgebung von Berlin. Dabei wurde er wiederholt von anderen Männern aus seinem Verwandten- und Bekanntenkreise begleitet. Unter diesen forschte die Kriminalpolizei nach, wer Werner in der letzten Zeit begleitet hatte und stieß auf zwei Brüder, den 47 Jahre alten Arbeiter Max Rohde und den ebenfalls verheirateten 46 Jahre alten Arbeiter Emil Rohde. Kriminalkommissar Trettin traf jedoch keinen der beiden Brüder in ihren Wohnungen an, stellte vielmehr fest, daß diese sich in ihrem Laubengelände bei Fredersdorf befinden sollten. Noch in der Nacht fuhr er mit der Frau des Max Rohde dort hinaus, traf aber nicht diesen, sondern nur dessen Bruder Emil an. Dieser wurde sofort verhaftet und verhört. Er gab an, von der Erschießung seines Vetters Werner bisher nichts gewußt zu haben, doch habe er diesen in dem Toten nach der in den Zeitungen veröffentlichten Beschreibung sofort erkannt. Er habe die Absicht gehabt, dies der Kriminalpolizei zu melden, sei aber bisher noch nicht dazu gekommen. Nun fuhren die Beamten wieder nach Berlin und suchten die Wohnung des Max Rohde zum zweiten Male auf.

Habsburgersprößlings — und das waren bei der forcierten Kaninchenfruchtbarkeit des allerhöchsten Herrscherpaares nicht wenige — das Kriegsministerium zu einer Zeit, als Kriegerwitwen ihre Kinder bereits in Zeitungspapier wickeln mußten, jedesmal tausend neue Windeln umsonst zur Verfügung stellen mußte, weil der allerhöchste Knirps jede Windel nur einmal schmutzig machen durfte. Wer nun die Geldmanipulationen des Habsburgers im „Kaiser Karl-Invalidenfonds" in Erfahrung bringt, dem wird auch der Windeldiebstahl dieses „Apostolischen" heute verständlich erscheinen. Und so was trug Kronen, regierte Völker und erlahmt nicht in seinem Anspruch, weiterhin Völker zu regieren!

Der Zusammenschluß der deutschen Schriftsteller. Erfreuliche Fortschritte im Zusammenschluß der geistigen Arbeiter Deutschlands ergab die Hauptversammlung des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, die am 8. im Konferenzsaal in der Presseabteilung der Reichsregierung unter Beteiligung der Delegierten der Gaue Berlin-Brandenburg, Bayern, Sachsen, Thüringen und des neugegründeten Gaues Rheinland sowie der Ortsgruppen Wien, Hamburg, Königsberg, Breslau stattfand. Nach dem Bericht des geschäftsführenden Direktors Hans Kyser hat sich der Schutzverband im letzten Jahre durch Gründung von Gauen in ganz Deutschland erweitert, und die Bildung neuer Gaue ist in Schlesien, Nordost- und Nordwestdeutschland sowie in Württemberg in Aussicht. Darüber hinaus wird die Bildung einer internationalen Urheberliga erstrebt, die schon durch Verbindung mit dem Dänischen und Schweizerischen Schriftstellerverein begonnen hat. Der Schutzverband ist entschlossen, jedes Zwangskartell der Schriftsteller, wie es von der Vereinigung schönwissenschaftlicher Verleger geplant ist, grundsätzlich abzulehnen. Die Valutaüberschüsse aus der Bücherausfuhr, die von der Außenhandelsstelle für das Buchgewerbe in unsozialer Form verteilt waren, sollen wieder herausgegeben werden, um die Urheber der ins Ausland verkauften Werke in gerechterer Weise an diesen 1½ Millionen zu beteiligen. — Besonders erschütternd wirkte der Bericht des Wiener Vertreters Eugen Haisler über die wirtschaftliche Not der österreichischen Schriftsteller. Der Sozialpolitiker Dr. Rauecker wünschte die Eingruppierung der Schriftsteller als Heimarbeiter besonders in bezug auf das neu ausgearbeitete Arbeitsrecht. — Ueber die Kulturabgabe sprach der Vertreter des Verbandes im Reichswirtschaftsrat, Dr. Leon Zeitlin. Er betonte, daß über die technischen Maßnahmen noch eingehend beraten wird, daß aber die Arbeitsgemeinschaft von ihrer grundsätzlichen Stellung in der Bewegung für dieses große Reformwerk nicht abgeht. — Ueber die Beteiligung am Valutagewinn sprach Dr. Martin Berndt. — Nachdem die beiden Vorsitzenden, Dr. Moritz Jacobs und Hermann Kienzl, eine Wiederwahl abgelehnt hatten, wurde der Vorstand neu gewählt. An die Spitze des Schutzverbandes wurde Bernhard Kellermann als erster, Dr. Theodor Heuß als zweiter Vorsitzender gewählt. In der sonstigen Zusammensetzung des Vorstandes tritt keine wesentliche Aenderung ein. In der Diskussion, die bis in den späten Abend dauerte, wurde auch die Frage der Schriftstellergewerkschaft eingehend besprochen. Nur der gewerkschaftliche Geist des Zusammenhaltens soll die Schriftsteller verbinden, von Nachahmung gewerkschaftlicher Formen wird grundsätzlich abgesehen. Der Verlauf der Versammlung ergab das Bild förderlicher Zusammenarbeit aller schriftstellerischen Berufsgruppen, die in besonderen Fachverbänden des Schutzverbandes abgeteilt werden sollen.

Eine Konferenz der Arbeiterbibliothekare. Vom 3. bis 5. Juli findet in der Heimvolkshochschule in Schloß Tinz eine Konferenz von Vertretern der Arbeiterbibliotheken statt. Anmeldungen zur Konferenz sind bis zum 1. Juni an die Leitung der Heimvolkshochschule einzureichen. Als provisorische Tagesordnung ist aufgesetzt: 1. Selbständige Arbeiterbibliotheken oder Gemeindebibliotheken? 2. Einheitliches Katalogwesen. Einheitliche Formulare. 3. Gemeinsamer Bucheinkauf. 4. Ausbau des „Bibliothekar". 5. Kleine bibliothekarische Tagesfragen. — Es haben sich bereits Teilnehmer aus allen Gauen Deutschlands gemeldet. Gleichzeitig sollen bei dieser Konferenz die Meinungen der Arbeitervertreter über das Volkshochschulwesen gehört und geklärt werden. Die Arbeiterbildungsbewegung darf sich nicht länger ins Schlepptau bürgerlicher Bildungsmache nehmen lassen. Selbständige Arbeit aus eigener Kraft — dies muß die Parole sein.

Tages-Notizen

Freiheit von Kunst und Wissenschaft. Der Goethe-Bund Berlin veranstaltet heute um 8¼ Uhr im Oberlichtsaal der Philharmonie eine Protestversammlung gegen die neuen Bestrebungen, die unter der Maske des Jugendschutzes die Freiheit von Kunst und Wissenschaft bedrohen. Es schließen sich als Einberufer an: der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, die Gesellschaft Deutscher Bühnenangehöriger, der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten, der Verband Deutscher Erzähler, der Verband Berliner Bühnenkünstler.

Staatsoper. Mit dem am Freitag, den 13. d. M., in Szene gehenden Busonischen Werken „Turandot" und „Arlecchino" kommt der Dichterkomponist zum ersten Male in Berlin mit einem dramatischen Werke zu Worte.

Theater. Die Eröffnung des neuerbauten Schloßpark-Theaters Berlin-Steglitz (Kleines Haus) mit Shakespeares „Timon" findet Donnerstag, den 12. Mai, abends 7 Uhr, statt. — Elena Polewitzkaja spielt Freitag in den Kammerspielen in Kassiroffs „Traum der Liebe". Vorverkauf Deutsches Theater, A. Wertheim und Russische Buchhandlung, Nettelbeckstraße.

Vorträge. Der „Deutsche Pazifistische Studentenbund" veranstaltet Mittwoch, 8 Uhr, im Institut für Sexualwissenschaft, Beethovenstr. 3, einen Vortragsabend. Johanne Sievert spricht über: „Die überkonfessionelle Weltbewegung — eine Stütze des Weltfriedens." — Ueber „Schule und Student in Indien" spricht Prof. Sauter Mittwoch, abends 7½ Uhr, in der Kunstausstellung Der Sturm, Potsdamer Straße 134 a.

Flammenlose Oberflächenverbrennung. Einen Experimentalvortrag über „Flammenlose Oberflächenverbrennung" veranstaltet die Turbinentechnische Gesellschaft Mittwoch in der Technischen Hochschule, Hörsaal 201 (Erweiterungsbau). Ingenieur Rudolf Schnadel, der Erfinder dieses Verfahrens der rationellen Verbrennung von Gasen, wird das Verfahren praktisch vorführen, während Dr. Beck an Hand von Lichtbildern über die Entwicklung berichten wird, die das Verfahren im Laufe der letzten sechs Jahre in Amerika und England genommen hat.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Inkassopreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Dort trafen sie diesen im Bett schlafend an. Er wurde gleichfalls festgenommen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier leugnete er zunächst, konnte aber durch die bei dem Toten vorgefundene Schußwaffe überführt werden und gestand dann auch ein, den Werner erschossen zu haben.

Berliner Postverkehr zu Pfingsten. Am 1. Pfingstfeiertag findet im Ort eine Paketbestellung statt. Die Ortsbriefbestellung ruht am 2. Pfingstfeiertag. Eine Geldbestellung wird an beiden Pfingstfeiertagen, vorbehaltlich etwaiger aus Betriebsrücksichten notwendig werdender Ausnahmen, nicht ausgeführt.

Die Pfingstferien in den einzelnen Provinzen. Pfingstferien sind in diesem Jahr in der Provinz Ostpreußen vom 12. bis 19. Mai, in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Hannover und Hessen-Nassau vom Freitag, den 13., bis Freitag, den 20. Mai; in Schleswig-Holstein vom Sonnabend, den 14., bis Dienstag, den 24. Mai, in Westfalen und der Rheinprovinz vom Freitag, den 13., bis Dienstag, den 24. Mai. Die Tage bedeuten den Schluß und den Beginn des Unterrichts.

Die Bauten der „Kleinhaus-Siedlungsgesellschaft Friedrichshagen" der Cöpenicker Siedlung wurden am Sonntag von zahlreichen Interessenten, unter Führung vom Gemeindebaurat Nerlich-Friedrichshagen und anderen Sachverständigen, besichtigt. Die neuen, im Frühlingsschmuck prangenden niedlichen Bauten, machten einen guten Eindruck, wenn sie auch in mancher Beziehung Anlaß zur Kritik boten. Die Lage der Siedlungen, die Nacktheit der ganzen Anlage und die verhältnismäßige Preiswürdigkeit in Verbindung mit manchen Annehmlichkeiten versöhnen schnell mit einigen Beigaben: Kleinheit der Räume, teure Fahrpreise, Fehlen von Einkaufsgelegenheiten, von Apotheke, Arzt u. dgl. — Es ist eben niemals alles Gute stets beisammen. Wünsche bleiben immer übrig, hoffentlich werden sie bald erfüllt!

Das nächste Städtische Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Mittwoch, den 11. Mai, abends 8 Uhr, in den Germaniasälen statt. Dirigent: Selmar Meyrowitz. Programm u. a. Goldmark, Grieg, Bizet, Schumann und Tschaikowsky. Karten zu 1,50 M. zu haben in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße, Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 15, Zigarrengeschäft „Moabit", Stromstr. 67, Orchesterbureau, Lützowstr. 76, sowie in den betreffenden Konzertsälen.

Auf der Landstraße überfallen und beraubt wurde in der Nacht zum Sonntag der Kutscher Willy Pirens aus Oranienburg. Pirens hatte für das Geschäft, in dem er angestellt ist, Waren nach Berlin zu bringen. Als er mit seinem Zweispänner langsam des Weges fuhr, fielen gegen 2 Uhr nachts an der Kreuzung der Schönfließer Chaussee plötzlich zwei Wegelagerer über das Fuhrwerk her. Einer brachte die Pferde zum Stehen, der zweite stieg dann zu dem Kutscher auf dem Bock hinauf und verlangte von ihm mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe seines Geldes. Pirens erklärte, daß er nur wenig bei sich habe und daß die paar Mark ihm doch auch nichts nützen könnten. Der Räuber ließ jedoch von seinem Verlangen nicht ab. Er erwiderte, was er habe, sei ihm gleichgültig, er solle sofort alles hergeben. Dem Kutscher blieb dann auch nichts anderes übrig, als seine schwarze Geldtasche, die 210 Mark in Fünf- und Zwanzigmarkscheinen und etwas Kleingeld enthielt, dem Räuber zu überlassen. Die beiden ließen ihn dann weiterfahren und entfernten sich selbst in der Richtung nach Oranienburg. In der Dunkelheit konnte der Beraubte seine Gegner nicht so sehen, daß er sie hätte beschreiben können.

Verloren. Auf dem Maifest am 8. Mai in Pichelsberge ein „Goldener Schlangenring mit blauem Stein" verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird höflichst gebeten, denselben im Sekretariat, Breite Straße 8/9, abzugeben.

Verloren auf dem Wege zum Friedhof Nordend eine Brieftasche. Inhalt: Geld, zwei Delegiertenkarten der Fr. G. B. Z. (Afa-Karte), Werkmeister-Vertrauensmännerkarte und Verbandsbuch, zwei U. S. P.-Karten. Abzugeben bei Wiecker, Naugarder Straße 15, vorn IV.

Nächtliche Raubüberfälle. Als in der vergangenen Nacht gegen 11¾ Uhr der 19jährige Kaufmann Artur Brosche seine Wohnung in Biesdorf aufsuchen wollte, wurde er an der Ecke der König- und Wilhelmstraße von einem jungen Manne überfallen und seiner Brieftasche mit 600 Mark Inhalt beraubt. Bei einem als mutmaßlichen Täter bezeichneten jungen Manne wurde sofort Haussuchung vorgenommen, die jedoch das geraubte Geld nicht zutage förderte. — Gestern abend gegen 9½ Uhr überfiel ein gewisser Max Seifert an der Möckernbrücke den 54 Jahre alten Otto Utke und entriß ihm seine goldene Uhrkette. Auf die Hilferufe des Beraubten wurde S. verfolgt und eingeholt. Utke erhielt seine Kette zurück und Seifert wurde zur Wache gebracht, wo sich bald herausstellte, daß Seifert geisteskrank ist und für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Mittwoch. Vielfach heiter, aber veränderlich, am Tage wieder wärmer, bei ziemlich vorherrschend südlichen Winden. Etwas Regen und Gewitterneigung.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Metallarbeiter

Aenderung des Ortsstatuts

Am Montag fand die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung, die schon mehrmals vertagt worden war, statt. Sie hatte sich mit wichtigen Anträgen, die eine Umgestaltung des Ortsstatuts vorsahen, zu beschäftigen. Der Antragsteller Knaak begründete ausführlich die Notwendigkeit der Umgestaltung des Ortsstatuts. Die Ortsverwaltung hatte, nachdem eine Redaktionskommission, die von Knaak gestellten Anträge überprüft und abgeändert hatte, der vorliegenden Fassung zugestimmt.

In der Diskussion ging Hellwig auf die einzelnen Bestimmungen der vorgesehenen Statutenänderungen ein und empfahl die Ablehnung der gesamten Vorlage, da sie eine Verschlechterung gegenüber dem alten Ortsstatut bedeute. Der Sekretär der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, Emil Barth, wandte sich gegen den § 1 der neuen Fassung des Ortsstatuts, der die Erfassung der Metallarbeiter-Betriebsräte vorsieht. Die Annahme dieses Paragraphen würde das Ende der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale bedeuten. Nachdem der Bevollmächtigte Ziska den Standpunkt der Ortsverwaltung dargelegt hatte, wurde nach einem Schlußwort Knaaks die gesamte Vorlage mit etwa Zweidrittelmajorität angenommen. Ein von Barth gestellter Abänderungsantrag zu § 1 der Vorlage, der verlangte, daß die Erfassung der Betriebsräte nur durch die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale vorgenommen werden dürfte und die Ortsverwaltung der Metallarbeiter die Betriebsräte nur kartothekarisch erfassen kann, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Eventualantrag Barths, § 1 als Provisorium zu betrachten, bis der im September d. J. in Jena stattfindende Verbandstag der Metallarbeiter über die Frage der Betriebsräte endgültig entschieden hat. Damit hatte die ordentliche Generalversammlung ihr Ende erreicht.

Reichsausschuß der Krankenkassenangestellten

Am 2. Mai tagte in Berlin der Reichsausschuß der Angestellten der Krankenkassen. Er beschäftigte sich vorwiegend mit dem Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 13. Januar 1921, durch den das Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung vom 21. Dezember 1920, das sogenannte Sperrgesetz, auch auf die Angestellten der Krankenkassen ausgedehnt wurde. An der Sitzung nahmen teil: Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der Fraktionen des Reichs- und Landtages der Sozialdemokratischen Partei, der Berliner Gewerkschaftskommission, des Ortskartells Berlin des Allgemeien freien Angestelltenbundes und des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen.

Uebereinstimmend ging die Auffassung der Anwesenden dahin, daß die Verordnung des Wohlfahrtsministers gegen die Reichsverfassung verstößt und deshalb die Kassenvorstände nicht verpflichtet sind, diese ungesetzliche Verordnung durchzuführen. Der Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten wurde beauftragt, mit allen Mitteln auf die Aufhebung dieses Erlasses hinzuwirken. Sowohl der Vertreter der Fraktion des preußischen Landtages als auch der Abg. Molkenbuhr als Vertreter der Reichstagsfraktion und der Vertreter des ADGB. sagten ihre Unterstützung in diesem Kampfe gegen die reaktionäre preußische Regierung zu. Einmütig war die Sitzung der Auffassung, daß der ungesetzliche Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministers unter allen Umständen schleunigst beseitigt werden muß, wenn nicht für die Sozialversicherung schwere Gefahren heraufbeschworen werden sollen.

Die folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Sitzung des Reichsfachausschusses der Krankenkassenangestellten im Zentralverband der Angestellten erhebt wiederholt gegen die Verfügung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 13. Januar 1921, die die Anwendung des Reichsgesetzes vom 21. Dezember 1920 (sog. Sperrgesetz) auf die Krankenkassenangestellten bezweckt, den schärfsten Protest. Sie sieht diese Verfügung als ein Attentat auf das den Krankenkassenangestellten auf Grund der Reichsverfassung gewährleistete Koalitionsrecht an. Bei Durchführung dieser Verfügung würden den Angestellten u. a. auch die Rechte aus dem Betriebsrätegesetz genommen. Die Verfügung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt ist dem gleichen Geist entsprungen, der seinerzeit bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung am Werke war, um das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten zu erdrosseln.

Die Versammelten beauftragten den Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten, die in der Sitzung festgelegten weiteren Maßnahmen mit aller Energie zur Durchführung zu bringen."

Das tarifvertragstreue Reichspostministerium

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Nach dem Teiltarifvertrag für die Angestellten bei den Reichs- und den preußischen Staatsverwaltungen ist für jeden Angestellten das Vergütungsdienstalter im Einvernehmen mit der gesetzlichen Angestelltenvertretung festzusetzen.

§ 9 desselben spricht aus, daß dem Angestellten von der Festsetzung des Vergütungsdienstalters eine schriftliche Benachrichtigung zu erteilen ist. Das Reichspostministerium erläßt jetzt einseitig eine Verfügung, nach welcher die bisher erfolgte Festsetzung nachzuprüfen ist. Obwohl also den Angestellten bereits früher die Berechnung ihres Vergütungsdienstalters bescheinigt worden ist, will man diese Festsetzung jetzt einseitig aufheben. Das Postministerium ist in der Auslegung von Tarifverträgen immer sehr weitherzig gewesen. Sein ganzes Bestreben war darauf gerichtet, die Bestimmungen des Tarifvertrages zu ungunsten der Angestellten anzuwenden. Auch dem Postministerium wird klar zu machen sein, daß Tarifverträge eingehalten werden müssen.

Betriebs-Bilanz und Vierteljahresbericht. Die Betriebsräte haben nach §§ 71 und 72 des Betriebsrätegesetzes das Recht auf vierteljährlichen Geschäftsbericht und auf Vorlegung der Bilanz nebst Erläuterungen. Auskunft und Belehrung über alle diesbezüglichen Fragen erteilt die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale in der eigens dazu eingeführten Sprechstunde Dienstags von 4—6 Uhr im Bureau Engelufer 15, 2. Hof, 1. Stock.

Aus den Organisationen

12. Verwaltungsbezirk. Anmeldungen zur Jugendweihe aus allen Orten des Verwaltungsbezirks werden vom Genossen Wojchta, Pankow, Görschstr. 30, entgegengenommen.

10. Distrikt. 4. Abteilung. Die Zahlabende finden in folgenden Lokalen statt: Für die Bezirke der Bezirksführer Gellert, Kresse in Schönhauser Allee 163; die Bezirke Wiederhöft, Hein und Ollesch bei Hahn, Wörther Straße 15; die Bezirke Teichert, Schwalger, Szepanski, Goldberg und Müller bei Schmidt, Treskowstr. 33.

13. Distrikt. Mitglieder, welche Beiträge restieren, müssen an diesem Zahlabend die April zahlen, da die alten Marken eingezogen werden.

Donnerstag, 12. Mai

Verwaltungsbezirk 12. Abends 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Bildungskommissionen des Distrikts im Lokal von Adler, Pankow, Schönholzer, Ecke Kreuzstraße.

13. Verwaltungsbezirk (Mariendorf). Nachmittags 5 Uhr Versammlung der Betriebsräte, sowie der Kandidaten für die Wahlen zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse in der Aula der Gemeindeschule, Friedenstraße. Der Mitglieder der Gewerkschaftsunterkommissionen sind verpflichtet, daselbst zu erscheinen.

18. Distrikt. Lese- und Lesegemeinschaft. Zusammenkunft abends 7 Uhr im Schiller-Lyzeum, Pankstraße, Zimmer 22. Neue Teilnehmer erwünscht.

Pankow. Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission Sitzung bei Jüttner, Gaillardstraße 25, abends 7½ Uhr.

Vereinskalender

Dienstag, 10. Mai

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung Lichtenfelde-Zehlendorf, Restaurant Hohenzollern, Hindenburgdamm 93 a, abends 7½ Uhr. — Pankow, Rest. Lindner, Breite Str. 34, 7½ Uhr. — Weißensee, Rest. Oranienschlößchen, Hohenschönhausen, Oranienstr. 82, abends 7½ Uhr.

Internationaler Bund der Kriegsopfer (Sektion Deutschland). Weißensee. Mitgliederversammlung abends 7 Uhr Vereinshaus, Charlottenburger Str. 120. Es erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Mittwoch, 11. Mai

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung Norden 2, Lamperts Festsäle, Schönhauser Allee 129, abends 7½ Uhr.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschitz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales u. Gewerkschaftl.: Gerhart Seger, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8/9.

In den nächsten Tagen erscheint:

Gg. Engelbert Graf

Stammt der Mensch vom Affen ab?

Preis 4.— Mark

Organisationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2

Breite Straße 8—9.

Soeben erschienen:

Handbuch für Betriebsräte

Von Rudolf Weck, Arbeitersekretär

15.— Mark, gebunden 20.— Mark

Für Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen

10.— Mark, gebunden 15.— Mark

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Tätowierungen (Muttermale und Warzen) entfernt ohne Stechen unter Garantie tägl. 10—4, Stg. 10—12 Cuhlzer, Berlin Schlegelstr. 10. Nähe Stettiner Bahnhof.

Wanderkarten

für alle Gegenden erhält man in der

Buchhandlung „Freiheit"

Breite Straße 8—9.

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung. Ehe-, Alimente-, Strafsachen. Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. von Kirchbach, Alexanderstr. 45 Gesellsch. (geg. Tietz) 3-7. Glänz. Erfolge. Beobacht. Mitw. nahm. Jurist. Sonnt. 10-12 Vertrauensfach.

Der Mieterschutz

Preis 4 Mark

Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenverordnung / Von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Beenheim / Mit Nachtrag:

Die Aenderungen des Mieterschutzes

Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C 2

Schellack kaufen höchstbietend Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5, Rollendorf 2379

Gewaltiger Preisabbau! Durch Kauf großer Posten

Möbel aus erstklassigen Fabriken

Speisezimmer komplett von M. 3175 an

Schlafzimmer eiche, kompl. m. echt Marmor von M. 3860 an

Herrenzimmer eiche, 1,50 m groß, Schrank kompl. von M. 4900 an

Küchen modern, in allen Farben, von M. 420 an

Neugebauer

Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 128 Ecke Schillerstr. Kein Lad.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Gänsefedern Mollerige, auch ungerissen, aus erster Hand. Paul Paegelow Priesen 15 Ostbr.

Kolonie Zeesen, wenige Minuten vom Seelandschaftlich schön und bequem erreichbar gelegen, verkaufe Landparzellen von 1800 M. an bei kleiner Anzahlung und günstigsten Zahlungsbedingung. Besichtigungsbesuch kostenlos. W. Koschatzky, Berlin C 54, Rosenthaler Str. 39 9—4. Teleph.: Norden 5002.

Annahme in allen Expeditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Wandschmuck Gelegenheitskäufe in farbigen Kunstblättern nach berühmten Gemälden alter und neuer Meister, in echten Farbenlichtdrucken, Aquarellgravüren, ein- und mehrfarbigen Photogravüren, sind gerahmt und ungerahmt, gegen bar, auch gegen monatliche Zahlungserleichterungen zu den billigsten Preisen abzugeben. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Für Auswärtige illustrierte Prospekte gegen Einsendung von 3 Mark. Betrag wird bei Kauf eines Bildes in Anrechnung gebracht. A. M. Feller, Buch- und Kunsthandlung, Abteilung F, Berlin-Hermsdorf, Weihnachtstraße 2.

Handwagen, neuer, gediegener zweirädriger Plattenwagen, verkäuflich, 700. Brendel, Marsilius-Straße 4.

Bettwäsche billig! Zu Pfingsten enorm herabgesetzte Preise aller Qualitäten. Deckenbezug 42.—, Kissen 12.50, Laken 12.—, Inlets 98.—, Wäschestoffe, Handtücher, zu Ungroßpreisen. Gegenwärtig günstigste Kaufgelegenheit vor Preiserhöhung. Wäschefabrik Grüßestraße Neununddreißig, (Hasenheide). Fahrtvergütung.

Günstige Kaufgelegenheit. Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 260.—, Jünglingsanzüge 195.—. Ruß, Wilhelmstraße 40 a, Kochstraßenecke.

Herrenanzüge! Hosen! Sensationell herabgesetzte Spottpreise! Keine Versandware! Spandelhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof, Hochbahnhof).

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85.—, Rotfüchse 75.— Mark an, Blaufüchse, Iobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Jackettanzüge, prima Verarbeitung, Hosen, kaufen Sie spottbillig Prinzenstraße 105. Keine Lombardware.

Kleide dich billig, elegant! Jackettanzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200.—, jetzt 400.— bis 500.—, Covercoat-Paletots, blaue Kammgarnanzüge; ferner Damenkostüme, Damenmäntel enorm billig, wegen Saisonende 50 Prozent herabgesetzt. Kreuzfüchse, Iobelfüchse, Blaufüchse, Weißfüchse, Silberfüchse. Keine Lombardwaren. Leihhaus Moritzplatz 58 a.

Schuhwaren! Kostüme, Blusen, la Ware. Einzelverkauf zu Engrospreisen. Lach, Rominter Straße 23, vorn II. Kein Laden!

Möbel

Chaiselongues 100.— Chaiselongudecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdreirädrigst. Meicke, Augustr. 32a, Ungb.

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—, Rehfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Chaiselongues 200.— bis 370.—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Kaufgesuche

Photoapparate, Prismengläser kauft Heller, Neue Königstr. 19e.

Kugellager, jeden Posten, kauft Humboldt 210, Schwerigel, Kaiserstraße 24.

Prismengläser und Pistolen kauft Kirstein, Heinestraße 50.

Silberschmelze Christianat, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Montenfleischr.) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Fahrräder

Freilaufräder, Gummibereifung billigst Grüner Weg achtzehn.

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Hartmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 259.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager, Feilen, Schmirgelleinen kauft Henschel, Pankstraße 90.

Kugellager, Kugeln kauft dringend Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163. (Humboldt 461).

Spulendrähte, Dynamodrähte Kupferlitze kauft „Elektro-Büro" Neukölln, Jonasstraße 21. Telephon 9047.

Spiralbohrer, Feilen, Schmirgelleinen, Strausberger Straße 44.

Ansiedelungen

Pachtland mit Obstbäumen und Laube billig verkäuflich. Eudemann, Reinickendorf, Graf Rödern-Allee, Rote-Kreuz-Laube 7.

Baudorf-Wandlitz, Acker u. Wald, Quadratrute 15 und 30, Anzahlung 100 Mark. Hüssen, Steglitz, Bismarckstr. 11, Fernsprecher 2334.

Selbstbau Baugenossenschaft Parzellen, teilweise eingezäunt, Fredersdorf, Hohenneuendorf. Kleine Anzahlung. Hüssen, Steglitz, Treitschkestr.

Stellen-Gesuche

Nachmittags oder Abendbeschäftigung sucht Frau Pikas, Glogauer Straße 30.

Verschiedenes

Achtung! Straßenhändler Keko, Schokolade zu Schleuderpreisen. Enormer Verdienst. Anhalt, Grunewald 68.

Born, Reichenberger Str. 7, verkleinert Leinenkragen.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul Zohn „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebunden 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Der **richtige Weg für Angebot u. Nachfrage** sind die **Kleinen Anzeigen** in der **Freiheit.**